



## WID - Kompakt Nr. 17/74

1. **Mobilfunkabdeckung in Rheinland-Pfalz**
2. **Kirchenasyl in rheinland-pfälzischen Gemeinden**
3. **Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst**
4. **Unwetterschäden in Rheinland-Pfalz: Hilfen für die Landwirtschaft und Unterstützung durch die Landesregierung bei der Sanierung von Wirtschaftswegen**
5. **Planwagenfahrten in Rheinland-Pfalz**
6. **Mangelnde Lkw-Parkplätze an Autobahnen**
7. **Witwenrente im Alter**
8. **Freiwilligendienste in Rheinland-Pfalz**
9. **Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse**
10. **EU: Verdacht auf unerlaubte Absprachen bei Abgasreinigung**
11. **EU beschränkt 33 gefährliche Chemikalien in Kleidung und Textilien**

---

### 1. **Mobilfunkabdeckung in Rheinland-Pfalz**

Zur Mobilfunkabdeckung in Rheinland-Pfalz hat die AfD-Fraktion eine Große Anfrage gestellt ([Drs 17/7447](#)).

Sie möchte insbesondere wissen, ob sich die Landesregierung mit den Netzbetreibern in Bezug auf **National Roaming** zur Versorgung der ländlichen Räume mit Mobilfunk in Verhandlungen befindet und wie der Stand der Gespräche ist. Auch bittet die Fraktion in diesem Zusammenhang um Auskunft, welche Lösungen die Landesregierung bevorzuge und welche Maßnahmen sowie finanziellen **Ausgleichsmodelle** für die Netzbetreiber, deren Netz im Falle von National Roaming durch Wettbewerber genutzt werden würde, angedacht seien.

### 2. **Kirchenasyl in rheinland-pfälzischen Gemeinden**

Die AfD-Fraktion bittet in ihrer Großen Anfrage ([Drs 17/7360](#)) um Angabe der **Rechtsgrundlagen** der in Rheinland-Pfalz gewährten Kirchenasyle. Für den Zeitraum 2010 bis 2018 möchte sie außerdem die **durchschnittliche Dauer** des von Kirchengemeinden gewährten Asyls sowie die **Anzahl** der schutzsuchenden Personen wissen. Hinsichtlich der Schutzsuchenden interessiert die AfD besonders deren Status innerhalb des Asylverfahrens und die aufenthaltsrechtlichen Folgen nach Beendigung des Kirchenasyls.

### 3. **Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst**

Im Öffentlichen Gesundheitsdienst bestehe gemäß Feststellung der Gesundheitsministerkonferenz eine erhebliche **Unterbesetzung** von Stellen für Ärztinnen und Ärzte, so die Fraktion der CDU in ihrer Großen Anfrage ([Drs. 17/7377](#)). Sie erkundigt sich daher nach der gegenwärtigen Situation hinsichtlich der Arztstellen in den Gesundheitsämtern und deren Entwicklung in den letzten 10 Jahren. Sie interessiert sich auch für die vorgesehenen **Facharztqualifikationen** und das Alter der Amtsärzte sowie die **Neubesetzungsregelungen im Ruhestandsfall** für die nächsten 10 Jahre. Des Weiteren bittet sie um Auskunft über Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Arztstätigkeit im öffentlichen Gesundheitsdienst.

#### 4. Unwetterschäden in Rheinland-Pfalz: Hilfen für die Landwirtschaft und Unterstützung durch die Landesregierung bei der Sanierung von Wirtschaftswegen

**Schwere Unwetter und Starkregenereignisse** haben in der Zeit vom 27. Mai bis 11. Juni 2018 erhebliche **Schäden auf landwirtschaftlichen Flächen** verursacht. Auch eine **Vielzahl landwirtschaftlicher Wege** wurden massiv beschädigt, erläutert die Landesregierung in ihren Antworten auf zwei Kleine Anfragen (Drs. 17/7340 und Drs. 17/7274).

Hierauf folgte eine lang anhaltende **Trockenperiode** in ganz Deutschland, die über die gesamte Erntezeit anhielt. Diese hat in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Deutschland nur vereinzelt zu größeren Ertragsausfällen geführt.

Landwirten würden von der Landwirtschaftlichen Rentenbank Finanzhilfen in Form von **Liquiditätssicherungsdarlehen** angeboten. Darüber hinaus würden **steuerliche Erleichterungen** sowie der **Verzicht auf Steuervorauszahlungen** gewährt.

Die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) erarbeiteten zusätzlich gesonderte Beratungskonzepte zur **Reduzierung von wirtschaftlichen Folgeschäden** durch spezielle Bewirtschaftungsmaßnahmen. Außerdem seien gegen die Futterknappheit im Grünlandbereich rund 10 000 Hektar ökologische Vorrangflächen zur Futternutzung freigegeben worden.

Die geschädigten Wirtschaftswegen, die in laufenden Flurbereinigungsverfahren ausgebaut worden seien, würden im Rahmen der laufenden Verfahren durch die DLR wiederhergestellt bzw. bei einem Antragsverfahren zur **Förderung des Wirtschaftswegeausbaus** bevorzugt berücksichtigt. Die für die Wegebauförderung vorgesehenen Mittel seien in einem ersten Schritt um 3 Millionen Euro aufgestockt worden. Diese Mittel stünden ab sofort zur Bewilligung bereit. Auch in 2019 würden **weitere Fördermittel** bereitgestellt, da sich die Erneuerung bzw. Sanierung der Wege über einen längeren Zeitraum hinziehen dürften.

#### 5. Planwagenfahrten in Rheinland-Pfalz

In etlichen Regionen sei es im Zusammenhang mit sogenannten **Funzel- oder Weinbergsfahrten** immer wieder zu Störungen von Anwohnerinnen und Anwohner gekommen. Seitens der betroffenen Gemeinden sei daher eine Regelung für diese Fahrten eingefordert worden, erläutert die Landesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7412)

Die **Durchführung von Planwagenfahrten** müsse insbesondere aus Gründen der Verkehrssicherheit und vor allem zur Sicherheit der mitfahrenden Personen auf einem landwirtschaftlichen Anhänger unter Beachtung des **geltenden Verkehrsrechts** erfolgen. Die von den örtlich ansässigen Landwirten bzw. Winzern durchgeführten Fahrten hätten unter anderem eine **touristische Relevanz**. Zahlen von Ordnungswidrigkeiten oder strafrechtlich relevanten Vorgängen lägen der Landesregierung jedoch nicht vor.

#### 6. Mangelnde Lkw-Parkplätze an Autobahnen

Die **zunehmende Verkehrsdichte** und der **steigende Zeitdruck** führen nach Ansicht der Landesregierung dazu, dass **Lenkzeiten** überschritten und **Ruhezeiten** durch Lkw-Fahrer nicht eingehalten werden, wodurch die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erheblich gefährdet wird, so die Landesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7413). Gerade vor diesem Hintergrund habe ein flächendeckendes Parkraumangebot an Autobahnen zusätzlich an Bedeutung gewonnen.

Nach neuesten Berechnungen der Bundesanstalt für Straßenwesen sei von einem künftigen **Stellplatzdefizit** von über 25 000 Lkw-Parkständen bundesweit auszugehen. Eine Differenzierung nach Bundesländern erfolge bisher durch den Bund noch nicht. Die Landesregierung teile jedoch die Auffassung, dass vor allem nachts – je nach Autobahn – Stellplätze fehlten. Wirtschaftliche Schäden durch das sogenannte Wildparken seien bisher nicht bekannt geworden. Derzeit seien mehr als 30 bewirtschaftete und unbewirtschaftete Rastanlagen in Planung.

## 7. Witwenrente im Alter

Im Jahr 2017 bezogen in Rheinland-Pfalz 100 338 Frauen eine Regelaltersrente und eine Witwenrente. Im gleichen Zeitraum bezogen in Rheinland-Pfalz 81 105 Frauen im Alter ab 65 Jahren eine Witwenrente, ohne gleichzeitig eine Regelaltersrente zu beziehen, so die Landesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/7402)

Die **Armutsgefährdungsquote** der Personen im Alter von 65 Jahren und älter läge, gemessen am Landesmedian, bei 18,4 Prozent. Die **Armutsgefährdungsschwelle** eines Einpersonenhaushalts betrage in Rheinland-Pfalz 1 023 Euro (Stand 2017), die eines Haushaltes mit zwei Personen 1 534 Euro. Man müsse davon ausgehen, dass es **verdeckte Armut** auch nach der **Einführung der Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2003 gebe. Dies ließe sich schon deshalb nicht vermeiden, weil es in Deutschland viele Bürgerinnen und Bürger gebe, die einen Bezug von Sozialleistungen vermeiden wollten und dafür auch geringere Einkommen akzeptierten.

## 8. Freiwilligendienste in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz haben im Zeitraum vom 1. September 2016 bis 31. August 2017 insgesamt 5 690 junge Menschen ein **Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)** absolviert, führt die Landesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus (Drs. 17/7272). Im Zeitraum 1. August 2017 bis 31. Juli 2018 absolvierten 133 junge Menschen ein **Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)**, im Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 1 251 junge Menschen einen **Bundesfreiwilligendienst** in Rheinland-Pfalz.

Laut aktuellem **Freiwilligensurvey** seien in Rheinland-Pfalz in den Altersgruppen der 14- bis 29-Jährigen mit 46,8 Prozent und der 30- bis 49-Jährigen mit 50,6 Prozent die Anteile der freiwillig Engagierten besonders hoch. Der **Freiwilligensurvey** ist eine repräsentative Befragung, die seit 1999 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wird. Er ist die detaillierteste und umfassendste Erhebung zum **bürgerschaftlichen Engagement** in Deutschland.

## 9. Berichtsansträge für die Landtagsausschüsse

Zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse stehen unter anderem folgende Anträge an:

- Die Fraktion der SPD hat zum Thema „**Fernbehandlung**“ einen Berichtsantrag für die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie eingebracht (Vorlage 17/3821). Die Fraktion bezieht sich in ihrer Begründung auf die letzte Vertreterversammlung der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz, in der diese den Weg für die ausschließliche Fernbehandlung im Einzelfall frei gemacht habe. Künftig sollen eine Beratung und Behandlung über Kommunikationsmedien auch ohne persönlichen Erstkontakt „im Einzelfall“ erlaubt sein. Voraussetzung ist allerdings, dass „dies ärztlich vertretbar ist und die erforderliche ärztliche Sorgfalt insbesondere durch die Art und Weise der Befunderhebung, Beratung, Behandlung sowie Dokumentation gewahrt wird und die Patientin oder der Patient auch über die Besonderheiten der ausschließlichen Beratung und Behandlung über Kommunikationsmedien aufgeklärt wird“, so der neue Wortlaut des entsprechenden Paragraphen in der ärztlichen (Muster-)Berufsordnung.
- Die Fraktion der CDU hat beantragt, die „**Entwicklung der Schlaganfallversorgung vor dem Hintergrund eines Urteils des Bundessozialgerichts**“ auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie zu setzen (Vorlage 17/3714). In seinem Urteil vom 19. Juni 2018 (Az.: B 1 KR 38/17 R) hat das Bundessozialgericht die bisherige Festlegung der maximalen Transportzeiten von Patienten neu interpretiert. Die geforderte Transportzeit von maximal einer halben Stunde beginnt dem Urteil zufolge mit der Anforderung des Transportmittels und endet mit der Übergabe des Patienten an die behandelnde Einheit des kooperierenden Krankenhauses. Nach Ansicht der Fraktion führe diese neue Interpretation dazu, dass die komplexe Behandlung eines Schlaganfalls nur noch

in Kliniken durchgeführt werden könne, die selbst über eine Neurochirurgische Abteilung verfügten.

- Die Fraktion der AfD hat beantragt, das Thema **„Digitale Sucht bei Kindern und Jugendlichen“** auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie zu setzen. Der im September stattgefundenen Deutsche Suchtkongress 2018 habe sich in diesem Jahr mit der digitalen Abhängigkeit von Kindern und Jugendlichen befasst. Die Fraktion bittet um Berichterstattung bezüglich des digitalen Suchtverhaltens von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz sowie den Behandlungsmöglichkeiten und Präventionsmaßnahmen.
- **„Opfer sexueller Gewalt nicht im Regen stehen lassen“** lautet der Betreff eines Antrags, den die Fraktion der FDP zur Beratung in den Rechtsausschuss eingebracht hat (Vorlage 17/3815). Zur Begründung führt die Fraktion aus, dass nach einer Pressemitteilung des Justizministeriums die Einführung der „Nein-heißt-Nein-Regelung“ zu einer Rechtsschutzlücke geführt habe. Denn nach derzeitiger Rechtslage stehe den Opfern kein Anspruch auf rechtliche Beratung und Unterstützung im Straf- bzw. Ermittlungsverfahren zu. Um diese Lücke zu schließen, habe Rheinland-Pfalz einen entsprechenden Änderungsantrag in den Bundsratsrechtsausschuss eingebracht. Die Fraktion bittet die Landesregierung hierzu um Berichterstattung.
- Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Berichterstattung durch die Landesregierung zur **„Erfassung homo- und transphober Gewalt“** (Vorlage 17/3792). Medienberichten zufolge habe es in Mainz zuletzt einen brutalen Übergriff auf eine junge Frau gegeben, die zuvor auf Grund ihrer sexuellen Identität beschimpft worden sei. In der Pressemitteilung der Polizei seien Hintergründe für den Überfall zunächst nicht erwähnt worden. Die Landesregierung möge berichten, wo und wie homo- und transphobe Straftaten in Rheinland-Pfalz erfasst würden und wie viele Fälle in den letzten Jahren erfasst worden seien.

#### 10. EU: Verdacht auf unerlaubte Absprachen bei Abgasreinigung

Die Europäische Kommission geht dem Verdacht nach, dass sich BMW, Daimler, Volkswagen, Audi und Porsche bei der Entwicklung und Vermarktung von Abgasreinigungssystemen abgesprochen haben könnten. Dazu hat die Kommission eine förmliche Prüfung eingeleitet. Laut EU-Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager wolle die Kommission eingehender untersuchen, ob BMW, Daimler und VW vereinbart hätten, bei der Entwicklung und Einführung wichtiger Technologien zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Benzin- und Diesel-Pkw nicht miteinander zu konkurrieren. Falls dieser Verdacht zuträfe, hätten die Hersteller den Verbrauchern die Möglichkeit vorenthalten, umweltfreundlichere Autos zu kaufen, obwohl die entsprechenden Technologien zur Verfügung gestanden hätten.

Konkret geht es den Wettbewerbshütern darum herauszufinden, ob die Autohersteller die Entwicklung und Einführung von Harnstoff-Katalysatoren zur Verringerung schädlicher Stickoxydemissionen bei Dieselaautos sowie von Partikelfiltern für Benzinmotoren zur Senkung schädlicher Feinstaubemissionen eng miteinander abgestimmt haben.

#### 11. EU beschränkt 33 gefährliche Chemikalien in Kleidung und Textilien

Die Europäische Kommission hat neue Beschränkungen für die Verwendung von 33 Stoffen beschlossen, die bekanntermaßen Krebs verursachen oder die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen und in Bekleidung, Schuhen oder anderen Textilwaren verwendet werden. Dies teilt die Kommission in einer Presseerklärung vom 10. Oktober 2018 mit.

Die neuen Vorschriften würden in die sogenannte REACH-Verordnung aufgenommen. Die Maßnahme ziele auf den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor schädlichen sogenannten CMR-Chemikalien, die als krebserzeugend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend eingestuft würden. Die neuen Vorschriften legen Höchstwerte für die Verwendung der CMR-Stoffe in Bekleidung und Textilien fest. Produkte, die diese Grenzwerte überschritten, dürften unabhängig von ihren Produktionsursprung in der EU nicht in Verkehr gebracht werden.